



Briefpostanschrift: Stadtverwaltung Dezernat 08, 40200 Düsseldorf

ALLGEMEINVERFÜGUNG

Nach §§ 28 Abs. 1 und 28a Abs. 1 Nr. 15, Abs. 2 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) i.V.m. 16 Abs. 1 und 2, 5 Abs. 2 Verordnung zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (CoronaSchVO NRW), 19 CoronaTestQuarantäneVO NRW wird angeordnet:

1. Ab dem 06. Mai 2021 dürfen Besucher*innen die vollstationären Pflegeeinrichtungen in der Landeshauptstadt Düsseldorf nur betreten, wenn eine Bescheinigung über ein negatives PoC-Antigen-Schnelltestergebnis, das nicht älter als 24 Stunden sein darf, vorliegt.

Über Ausnahmen für Personen, bei denen ein PoC-Antigen-Schnelltest aus medizinischen oder sozial-ethischen Gründen nicht durchgeführt werden kann, entscheidet die Einrichtungsleitung. Kinder bis zum Schuleintritt sind von dem Testerfordernis ausgenommen.

Eine nachgewiesene Immunisierung steht dem Nachweis eines negativen Testergebnisses gleich.

Düsseldorf
Nähe trifft Freiheit

2. Zur Umsetzung der Testanforderung unter Ziff. 1. ist den Besucher*innen am Ort der jeweiligen Einrichtung in der Landeshauptstadt Düsseldorf ein PoC-Antigen-Schnelltest oder Selbsttest anzubieten. Kann die Einrichtung eine Testmöglichkeit auch unter Nutzung von Coronaselbsttests in der Einrichtung nicht ständig anbieten, so muss werktäglich mindestens ein Termin angeboten werden. Dabei sind mindestens drei Termine Montag- bis freitagnachmittags in einem Zeitkorridor von 16 bis 19 Uhr und ein Termin am Wochenende anzubieten. Die Termine müssen mindestens die Dauer von zwei Stunden haben und sind sowohl durch Aushang an zentraler Stelle der Einrichtung als auch im Internet bekannt zu machen.
3. Diese Allgemeinverfügung wird gem. § 41 Abs. 3 und 4 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen öffentlich bekannt gemacht und gilt mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.

4. Diese Allgemeinverfügung gilt bis zum 14. Mai 2021.

Telefonzentrale
0211.89-91

Internet
www.duesseldorf.de

Sprechzeiten
Termine nach
telefonischer
Vereinbarung

Bahn
706 Oberbilker Markt

U-Bahn
U75, U76
Handelszentrum
U74, U77, U79
Oberbilker Markt

Bankkonto
Stadtparkasse
Düsseldorf
IBAN DE61 3005 0110
0010 0004 95
BIC DUSSDEDDXXX

Gläubiger-ID
DE15DUS00000011727



Sachverhalt:

Die SARS-CoV-2-Pandemie erfordert aufgrund der weiterhin landes- und bundesweit hohen Infektionszahlen besondere Anstrengungen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens. Nach der Veröffentlichung des Landeszentrums Gesundheit NRW auf seiner Internetseite (Datenstand 03. Mai, 00:00 Uhr) liegt die sog. Sieben-Tages-Inzidenz des neuartigen Coronavirus bezogen auf Düsseldorf derzeit bei 137,8 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner, landesweit bei 158,5.

Am 14.04.2021 wurde ein Bewohner eines Düsseldorfer Pflegeheims positiv auf das Coronavirus getestet. Der Test erfolgte unmittelbar vor Aufnahme in ein Krankenhaus. Es wurde die britische Virus-Variante B.1.1.7 nachgewiesen. Am Sonntag, 18. April, wurde dann für alle Bewohner*innen sowie Beschäftigten eine Reihentestung mittels PCR-Test veranlasst, nachdem weitere positive Schnelltestergebnisse vorlagen. Zehn Bewohner*innen sowie fünf Beschäftigte wurden insgesamt positiv getestet; ein Bewohner ist zwischenzeitlich verstorben. Von den zehn infizierten Bewohner*innen waren sieben Bewohner*innen vollständig geimpft. Bei drei Bewohner*innen steht die zweite Impfung gegen COVID-19 noch aus; zu letzteren zählte auch der Verstorbene.

Gemäß § 5 Abs. 2 CoronaSchVO NRW i.V.m § 7 Abs. 5 Corona-Test-und-Quarantäneverordnung NRW (CoronaTestQuarantäneVO NRW) in ihrer jeweils aktuellen Fassung bestehen Regelungen, die Testungen von Besucher*innen festlegen, welche eine vollstationäre Pflegeeinrichtung betreten möchten.

Das Betreten von obengenannten Einrichtungen ist nur möglich, wenn ein negatives Testergebnis vorliegt, welches nicht älter als 48 Stunden sein darf.

Diese Regelung reicht derzeit nicht aus, um das Infektionsgeschehen innerhalb der genannten Einrichtungen einzudämmen. Wie der Ausbruch in dem Pflegeheim zeigt, ist weiterhin von einer erhöhten Gefahr für Leib und Leben der Heimbewohner*innen und Mitarbeiter*innen trotz überwiegend durchgeführter Erst- und Zweitimpfungen gegen den Coronavirus SARS-CoV-2 auszugehen. Tagesaktuelle Tests reduzieren das Risiko einer Ansteckung und erlauben ein unverzügliches Einschreiten zum Schutz der Bewohner*innen und Mitarbeiter*innen der Einrichtungen.

Entsprechend § 7 Abs. 6 CoronaTestQuarantäneVO NRW ist Besucher*innen vor dem Besuch in einer oben genannten Einrichtung ein PoC Antigen-Test oder Selbsttest anzubieten.

Düsseldorf
Nähe trifft Freiheit



Begründung:

Ermächtigungsgrundlagen für diese Allgemeinverfügung sind §§ 28 Abs. 1 und 28a Abs. 1 Nr. 15, Abs. 2 IfSG i.V.m. § 16 Abs. 1 und 2, 5 Abs. 2 CoronaSchVO NRW, 19 CoronaTestQuarantäneVO NRW.

Für die Anordnung von Schutzmaßnahmen zur Verhütung übertragbarer Krankheiten nach dem Infektionsschutzgesetz bin ich als örtliche Ordnungsbehörde gem. § 3 Abs. 1 des Infektionsschutz- und Befugnisgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen sachlich und örtlich zuständig.

Werden Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt oder ergibt sich, dass ein Verstorbener krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, so trifft gem. § 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 IfSG die zuständige Behörde, die notwendigen Schutzmaßnahmen, insbesondere die in § 28a Abs. 1 IfSG genannten, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat bereits mit der CoronaSchVO NRW sowie insbesondere mit der CoronaTestQuarantäneVO NRW auf der Grundlage von § 32 IfSG Regelungen zur Quarantäne und Testungen zusammengefasst, und um landesrechtliche Regelungen zur Ausführung der Testverordnung des Bundes, insbesondere im Bereich der Bürger- und Beschäftigtentestung ergänzt.

Düsseldorf
Nähe trifft Freiheit

Trotz der bereits fortgeschrittenen Impfungen in den Pflegeeinrichtungen haben die Erwägungen zum Schutz der besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen weiterhin noch Gültigkeit. Wenn Erst- und Zweitimpfungen der Bewohner*innen und der Beschäftigten abgeschlossen sind und ein vollständiger Impfschutz besteht, wird man anhand der erreichten Impfquote und der fortschreitenden Erfahrungen mit dem erreichten Impfschutz die Situation fortlaufend neu bewerten müssen.

Nach § 16 Abs. 1 Satz 2 CoronaSchVO NRW bleiben die zuständigen Behörden befugt, im Einzelfall auch über diese Verordnung hinausgehende Schutzmaßnahmen anzuordnen. Wenn diese Regelungen im Wege der Allgemeinverfügung getroffen werden sollen, bedarf diese nach § 16 Abs. 1 Satz 3 CoronaSchVO NRW des Einvernehmens mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalens (MAGS NRW).

Entsprechendes gilt für § 16 Abs. 2 CoronaSchVO NRW. Die 7-Tages-Inzidenz liegt nach den täglichen Veröffentlichungen des Landeszentrums Gesundheit nachhaltig und signifikant über dem Wert von 100.



Vor diesem Hintergrund ordne ich mit dieser Allgemeinverfügung die zusätzliche Schutzmaßnahme an, zu der mit dem MAGS NRW Einvernehmen erzielt wurde.

Zu 1:

Die Maßnahme ist geeignet und erforderlich, um das Ziel des umfangreichen Infektionsschutzes der besonders schutzbedürftigen Personengruppe in vollstationären Pflegeeinrichtungen in der Landeshauptstadt Düsseldorf, zu erreichen.

Im epidemiologischen Bulletin des RKI vom 29. April 2021 (online vorab veröffentlicht) wird beschrieben, dass ein negatives Ergebnis keine vollumfängliche Sicherheit bietet.

Für den Erfolg des Einsatzes von Antigentests als Screening seien die Einbeziehung eines ausreichenden Bevölkerungsanteils, die Frequenz der Testungen und die Qualität des jeweils eingesetzten Tests maßgeblich entscheidend. Antigentests könnten nur hohe Viruslasten nachweisen. Das Ergebnis sei daher vom Zeitpunkt der Probennahme, der Qualität der Probe (z. B. Nasenabstrich) und der sachgerechten Durchführung des Tests stark abhängig. Insbesondere, wenn der Infektionszeitpunkt unbekannt sei (etwa bei asymptomatischen Personen) und in den ersten sieben Tagen nach Infektion könnten sich die Viruslasten in den oberen Atemwegen sehr rasch ändern.

So könne ein negatives Ergebnis am Tag vier nach Infektion bereits einen Tag später aufgrund der fortgeschrittenen Virusvermehrung im Nasopharynx bei einer erneuten Beprobung und Untersuchung in der neuen Probe positiv ausfallen. Unter pragmatischen Gesichtspunkten habe das Ergebnis daher nur eine „Gültigkeit“ von maximal 24 Stunden. Bei serieller (wiederholter) Beprobung steigt die Wahrscheinlichkeit der Früherkennung einer übertragungsrelevanten Infektion.

Düsseldorf
Nähe trifft Freiheit

Der Einschätzung des Robert Koch Instituts schließe ich mich an.

Der oben beschriebene Sachverhalt zeigt, dass es trotz der Testungen von Besucher*innen zu SARS-CoV-2-Infektionen der Bewohner*innen kommen kann. Ein nicht tagesaktueller Test kann zur Gefährdung der Bewohner*innen führen. Daher ist es zwingend erforderlich, über die Regelungen in § 7 Abs. 5 CoronaTestQuarantäneVO NRW hinauszugehen und das Zeitfenster eines negativen Testergebnisses auf 24 Stunden zu reduzieren.

Mit der getroffenen Regelung wird dem Gebot, die Bewohner*innen vor Vereinsamung und sozialer Isolation zu schützen, nachgekommen. Es sind weiterhin Besuche möglich. Die Regelung stellt einen verhältnismäßigen Ausgleich zwischen dem Bewohnerinteresse an sozialer Teilhabe einerseits und dem gleichzeitigen Interesse an einem weitgehenden



Gesundheitsschutz, verbunden mit dem derzeit geltenden allgemeinen Gebot, alle nicht notwendigen Kontakte unbedingt zu vermeiden, dar Besucher*innen haben ein maximal 24 Stunden zurückliegendes negatives PoC-Antigentest-Ergebnis vorzulegen. Dieser Test ist nicht explizit in den oben genannten Einrichtungen durchzuführen, sondern kann auch von weiteren Drittanbietern vorgenommen werden.

Entsprechend § 4 Abs. 5 CoronaTestQuarantäneVO NRW kann eine Immunisierung nachgewiesen werden durch

1. den Nachweis einer vor mindestens 14 Tagen abgeschlossenen vollständigen Impfung gegen COVID-19 mit einem in der Europäischen Union zugelassenen Impfstoff,
2. den Nachweis eines positiven Testergebnisses, das auf einer Labordiagnostik mittels Nukleinsäurenachweis (PCR, PoC-PCR oder weitere Methoden der Nukleinsäureamplifikationstechnik) beruht und mindestens 28 Tage sowie maximal 6 Monate zurückliegt, oder
3. den Nachweis eines positiven Testergebnisses nach Nummer 2 in Verbindung mit dem Nachweis der mindestens 14 Tage zurückliegenden Verabreichung mindestens einer Impfstoffdosis gegen COVID-19 mit einem in der Europäischen Union zugelassenen Impfstoff.

Düsseldorf
Nähe trifft Freiheit

Der Ordnungsgeber hat damit zum Ausdruck gebracht, dass aus seiner Sicht das von einer immunisierten Person ausgehenden Infektionsrisiko einer negativ getesteten Person gleichsetzen ist. Daher ist dieser Gedanke auch auf § 7 Abs. 5 CoronaTestQuarantäneVO NRW anzuwenden.

Zu 2:

Entsprechend § 7 Abs. 6 CoronaTestQuarantäneVO NRW ist zur Umsetzung der Testanforderung für Besucher*innen am Ort der Einrichtung ein PoC-Antigen-Schnelltest oder Selbsttest anzubieten. Kann die Einrichtung eine Testmöglichkeit auch unter Nutzung von Coronaselbsttests in der Einrichtung nicht ständig anbieten, so muss werktäglich mindestens ein Termin angeboten werden. Dabei sind mindestens drei Termine montag- bis freitagnachmittags in einem Zeitkorridor von 16 bis 19 Uhr und ein Termin am Wochenende anzubieten. Die Termine müssen mindestens die Dauer von zwei Stunden haben und sind sowohl durch Aushang an zentraler Stelle der Einrichtung als auch im Internet deutlich bekannt zu machen, vgl. § 7 Abs. 6 CoronaTestQuarantäneVO NRW.



Zu 3:

Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt gem. §. 9 Abs. 1 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Düsseldorf durch Veröffentlichung im Internet unter <https://www.duesseldorf.de/bekanntmachungen/>.

Zu 4:

Diese Allgemeinverfügung gilt bis zum 14. Mai 2021. Die Geltungsdauer bleibt damit unter dem für Rechtsverordnungen vorgesehenen Regelwert von vier Wochen gemäß § 28a Abs. 5 S. 2 IfSG. Die Erforderlichkeit der angeordneten Maßnahme wird fortlaufend überprüft, § 16 Abs. 2 S. 2 CoronaSchVO NRW.

Rechtsbehelfsbelehrung

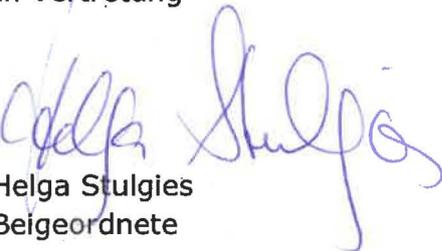
Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Düsseldorf (Bastionstraße 39, 40213 Düsseldorf) zu erheben.

Düsseldorf
Nähe trifft Freiheit

Hinweise:

Dieser Verwaltungsakt ist kraft Gesetzes sofort zu vollziehen. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung (§ 28 Abs. 3 i. V. m. § 16 Abs. 8 IfSG).

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Helga Stulgies
Beigeordnete